



## Der Hut brennt: Protest der Pflegekräfte vor dem Landhaus

**Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): Ohne bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung werden Probleme nicht zu lösen sein**

*Hunderte Pflegebeschäftigte protestieren am 19. Oktober vor der Sitzung des steirischen Landtags in der Grazer Herrengasse für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Die Pflegekrise lässt sich nicht mehr leugnen – „es ist fünf nach zwölf“, wie eine Vertreterin der Gewerkschaft in ihrer Rede betonte. In der Sitzung konfrontierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler die zuständige Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) mit den Problemen.*

„Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Dafür wollen wir faire Arbeitsbedingungen und endlich entsprechend entlohnt werden!“, hieß es im Aufruf zur Kundgebung, der trotz Berichten über Einschüchterungsversuche Hunderte gefolgt sind.

Laut OECD-Vergleich liegt Österreich bei der Anzahl der Pflegepersonen mit 7,7 pro 1.000 EinwohnerInnen europaweit im untersten Drittel, hinter Staaten wie Tschechien, Slowenien, Frankreich, Belgien, Irland, Luxemburg und Deutschland (12,8



Pflegekräfte pro 1.000 EW). Dadurch ist der Druck auf die einzelnen Beschäftigten enorm. „Viele Beschäftigte leisten Großartiges – aber sie arbeiten am Limit. Sie brauchen dringend eine Entlastung. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken außerdem besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne“, findet der Grazer Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ).

Trotz der Missstände im Pflegebereich sind auf bundes- und landespolitischer Ebene keine Lösungen in Sicht. Stattdessen wird die Abwerbung von Pflegepersonal aus Kolumbien vor-

bereitet, und gleichzeitig bringt die Bundesregierung mit der Senkung der KöSt ein milliardenschweres Steuergeschenk für Unternehmen auf Schiene.

### Die wichtigsten Forderungen der Beschäftigten lauten:

- › Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand
- › Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal
- › Mehr Personal & Anhebung des Pflege-Schlüssels
- › Höhere finanzielle Unterstützung für Menschen in Pflege-Ausbildungen

### KOMMENTAR

**Claudia Klimt-Weithaler**

Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag



### „25 Kinder plus 1 Pädagogin = 1 Notstand“ –

– das war einer von vielen Sprüchen, die am 13. November bei der Demonstration der Elementarpädagog:innen zu lesen waren. Er bringt auf den Punkt, was uns seit 30 Jahren (!) beschäftigt: bereits 1991 wusste man, dass die Gruppen in den Kindergärten zu groß sind. Geändert hat sich aber bis heute nichts, im Gegenteil: Für die Pädagog:innen sind neue Aufgaben dazugekommen, bei der Bezahlung hat sich aber nicht viel getan. Immer weniger Fachkräfte sind bereit, in diesem Beruf zu arbeiten.

Kleinere Gruppen bedeutet, dass mehr Personal nötig ist. Österreich gibt viel weniger für elementare Bildung aus als vergleichbare EU-Staaten. Bei Regierungsinsaraten ist es übrigens genau umgekehrt.

Nach wie vor existiert in den Köpfen das Bild „der lieben Basteltante, die den ganzen Tag mit den Kindern spielt“. Aber für alles, was wir an Fähigkeiten und Fertigkeiten im Leben brauchen, wird in der elementaren Bildung der Grundstein gelegt.

Bei der Demonstration waren viele Eltern und Großeltern. Für alle Eltern ist es wichtig, dass sich das Kind wohlfühlt und von gut ausgebildetem Personal umsorgt wird. Es geht auch um bessere Rahmenbedingungen. Von positiven Veränderungen würden deshalb vor allem Kinder und Eltern profitieren. Kleinere Gruppen, mehr Personal, bessere Bezahlung – das ist nicht einfach umzusetzen. Hätte man die letzten 30 Jahre genutzt, um vorwärts zu kommen, gäbe es nicht so viele Baustellen. Jetzt gibt es kein Weiterwurschteln mehr, es muss endlich zu konkreten Verbesserungen kommen!

*Claudia Klimt-Weithaler*

### INHALT

Nächste Schließung im Spitalswesen Seite 2

Elementarpädagog:innen protestieren Seite 3

# Im steirischen Spitalswesen wird nächste Schließung vorbereitet

**Dringliche Anfragen im Landtag: LR Bogner-Strauß gibt Schließung zu, KPÖ-Labg. Murgg spricht von „chaotischem Bild“.**

Bogner-Strauß (ÖVP) in der Landtagsitzung am 28. September ergeben.

Da Leoben und Bruck einen Verbund bilden, soll über die Schließung der Abteilung in Bruck mit Wortspielereien hinweggetäuscht werden, es ist von einer „Neustrukturierung“ die Rede. Dabei stellen die radikalen Schließungen längst eine umfassende und flächendeckende medizinische Versorgung in der Steiermark in Frage. Die KPÖ lehnt diese Pläne deshalb ab.

Die Schließung der Allgemeinchirurgie am LKH in Bruck an der Mur erfolgt wieder einmal vor dem Hintergrund des bedrohlichen Personal mangels. Nicht erst seit der Corona-Pandemie flüchten Pflegekräfte aus ihrem Beruf. Auch der Mangel an Ärztinnen und Ärzten wird immer problematischer. „Die Landesregierung reagiert darauf mit dem immer weiteren Zurückfahren der stationären Versorgung, statt sich Gedanken zu machen, wie man Personal gewinnen kann“, kritisiert KPÖ-Labg. Werner Murgg die Weigerung der Gesundheitslandesrätin, Al-

ternativen zum fortschreitenden Abbau der medizinischen Versorgung in der Steiermark zu suchen.

Die radikalen Einschnitte im steirischen Spitalswesen – in der Steiermark sollen bis 2035 nur noch zehn Landeskrankenhäuser überleben – sorgen bereits jetzt für lange Anfahrtswege und einen immer schwierigeren Zugang zu medizinischer Versorgung. Durch die Zusammenfassung von mehreren ehemaligen Spitalsstandorten mit eingeschränktem Angebot zu wenigen „Leitspitälern“ wird über die Ausdünnung der Versorgung hinweggetäuscht.

## KPÖ: Allgemeinchirurgie in Bruck/Mur erhalten!

In einem Antrag forderte die KPÖ die Landesregierung auf, die Allgemeinchirurgie in Bruck an der Mur langfristig zu garantieren. Die ständigen Verschiebungen von Abteilungen vermitteln ein chaotisches Bild von der Spitalspolitik, betont Labg. Werner Murgg. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Neos abgelehnt.



Die Abteilung für Allgemeinchirurgie am LKH Hochsteiermark, Standort Bruck an der Mur, soll geschlossen werden und nach Leoben übersiedeln. Das hat eine Dringliche Anfrage der KPÖ an Gesundheitslandesrätin

# Korruptionsverdacht bei Umwelt-Prüfungen

## Abteilung muss neu aufgestellt und Kontrolle verbessert werden!

In jenem sensiblen Bereich der Landesverwaltung, der für die Bewilligung von Großprojekten im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zuständig ist, steht der Verdacht der Korruption, der Bestechlichkeit und des Amtsmissbrauches im Raum. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, es gilt die Unschuldsumutung. Die KPÖ im Landtag die Umweltlandesrätin Ursula Lackner dazu befragt.

Die KPÖ verlangte eine Liste aller UVP-Verfahren, an denen die beschuldigten Beamten beteiligt waren. Landesrätin Lackner verlas eine umfangreiche Liste und betonte, erst durch einen Bericht der Kronen Zeitung von den strafrechtlichen Vorwürfen gegen Landesbeamte erfahren zu haben. Die Frage, ob es bereits vorher Hinweise auf Unregelmäßigkeiten gegeben habe, ließ die Landesrätin unbeantwortet.

„Bei vielen genehmigten Großprojekten der vergangenen Jahre hat sich gleich die Frage gestellt, wie diese überhaupt genehmigungsfähig sein können. Die Enthüllungen machen es nötig, dass einige Verfahren überprüft und im Zweifel neu aufgerollt werden“, meinte der **KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg** bei Bekanntwerden der Vorwürfe gegen zwei Beamte der Abteilung 13 (Umwelt und Raumordnung) des Landes. Sie sollen Projektwerbner bei UVP-Verfahren „geholfen“ haben, indem deren eigene Gutachten gleich zur Unterschrift gebracht wurden, statt, wie



**Sind Genehmigungen für umweltschädliche Projekte in der Steiermark käuflich? Dieser Verdacht steht im Raum, nachdem bekannt wurde, dass die Staatsanwaltschaft gegen Beamte der Umweltaffteilung des Landes Steiermark ermittelt.**

vorgeschrieben, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen.

Die lange Liste an Projekten, an denen die Beamten beteiligt waren, zeigt, dass eine Neuaufstellung der Umweltaffteilung des Landes nötig ist. Es braucht mehr Personal und bessere interne Kontrollmechanismen. Sämtliche Genehmigungen müssen nun überprüft und nötigenfalls neu aufgerollt werden, fordert die KPÖ.

**Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:**  
KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw.  
Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungs-  
ort: Graz, Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108.  
E-Mail: tk-kpoe@stmk.gvat

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.





# Elementarpädagogik: Stillstand treibt Tausende auf die Straße

Mehrere steirische Initiativen von Elementarpädagog:innen haben am 13. November zu einer Demonstration aufgerufen.

## EHRlich GESAGT



**Werner Murgg**  
Landtagsabgeordneter  
der KPÖ Steiermark

## Heizkosten bremsen!

Die Energie- und Heizkosten verteuern sich in einem ungekannten Ausmaß. Mit der Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer ab Juli 2022 stehen ab der nächsten Heizperiode noch höhere Kosten bevor. Deshalb brauchen viele Haushalte schnell und unbürokratisch Unterstützung. Die beschlossene Erhöhung des Heizkostenzuschusses des Landes wird nicht reichen.

Nicht nur bei Strom, Gas und Öl, besonders bei der Fernwärme droht eine massive Teuerung. Der neue Vertrag zwischen Verbund und Energie Steiermark ist für die Energie Steiermark extrem ungünstig. Der Preis pro Megawattstunde (Gas) ist dadurch seit März 2021 bis Ende Oktober für die Energie Steiermark um ca. 140 Prozent gestiegen. Das soll nun an die Haushalte weitergereicht werden – anders als im Jahr 2019, als der Gaspreis abstürzte, ohne dass die Haushalte auch nur einen Cent weniger zahlen mussten. Davor wurde der Preis sogar noch erhöht. Energiepolitik kann nicht bedeuten, nur die größtmöglichen Dividenden für die Unternehmen zu erwirtschaften. Erstes Ziel muss sein, die Haushalte mit Energie zu versorgen, die sie sich auch leisten können.

Werner Murgg

Auch die KPÖ unterstützte den Protest – denn rund um die steirischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen läuft auf politischer Ebene vieles falsch. Die Landesregierung schwindelt sich seit Jahren um Lösungen herum. Vielen reicht es jetzt!

Über 2000 folgten dem Aufruf und zogen mit Transparenten und Tafeln zum Freiheitsplatz. Die gemeinsame Botschaft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Es muss endlich zu einem Kurswechsel in der Bildungspoli-

dringend nötiger Schritt. Umgesetzt wurde das bis heute nicht. Da darf man sich nicht wundern, dass es jetzt vielen reicht.“

Auch die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr und KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer unterstützten die Proteste. Judith Ernst, Sprecherin der Initiative für Elementare Bildung (IfEB) betonte in ihrer Abschlussrede, dass die Demonstration erst der Anfang für weitere Protestmaßnahmen waren, wenn die Landesregierung die Probleme weiterhin auf die lange Bank schiebt und keine konkreten Ver-



itik kommen. In der Elementarpädagogik sind Verbesserungen dringend nötig: Immer weniger ausgebildete Fachkräfte wollen in ihrem Beruf bleiben, denn in den Gruppen sind zu viele Kinder, um jene Qualität zu sichern, die heute selbstverständlich sein sollte. Dazu kommen immer mehr bürokratische Aufgaben und vor allem bei Teilzeitarbeit ein Gehalt, von dem man kaum leben kann.

Statt die Rahmenbedingungen zu verbessern und dafür zu sorgen, dass Pädagoginnen und Pädagogen wieder gerne in ihrem Beruf arbeiten, wurden von Seiten der Landesregierung vor einem Jahr einfach die beruflichen Qualifikationen gesenkt. Das darf kein Dauerzustand werden, sagt Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag und selbst ausgebildete Elementarpädagogin: „Wir brauchen endlich bessere Rahmenbedingungen in der Elementarpädagogik, die PädagogInnen werden seit Jahren und Jahrzehnten vertröstet. Die letzte Gesetzesänderung 2019 war hat im Wesentlichen das bestehende System fortgeschrieben und keine echten Verbesserungen gebracht. Dabei hat der Landtag schon vor dreißig Jahren beschlossen, die Gruppen von 25 auf 20 zu verkleinern. Das wäre ein erster,

besserungen umsetzt. Neben der IfEB riefen die Initiative #Kinderbrauchenprofis und der Steirische Berufsverband für Elementarpädagogik zu dem Protest auf.

## Die Forderungen der KPÖ

- Verkleinerung der Gruppen von 25 auf 20 Kinder
- bessere Bezahlung für die Beschäftigten im Elementarbereich
- mehr Personal in Kindergärten und Kinderkrippen
- mehr Zeit für Vorbereitung; Freistellung der Leiterinnen und Leiter
- Zugang zu hochwertiger Kinderbildung und -betreuung ohne soziale Hürden, sie ist wie die Volksschule ein Grundbaustein der Bildungspolitik und
- mehr Zeit und Personal für Kinder mit Bildungsdefiziten, damit diese nicht von Anfang an mit schlechteren Bedingungen ihre Schullaufbahn beginnen müssen

## WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

...dass Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) für Gesundheit, Pflege, Familie, Frauen, Jugend und Bildung zuständig ist. Das sind zu viele Aufgaben in den Händen einer Person. Die KPÖ fordert ein eigenes **Bildungsressort** für die Steiermark.

\*\*\*

...dass die KPÖ mit einem **Hilfsfonds** in den Bezirken Murau und Murtal die Kosten von viele Frauen übernommen hat, die aufgrund des Mangels an FachärztInnen in der Region WahlärztInnen aufsuchen – und selbst bezahlen mussten.

\*\*\*

...dass die Landesregierung zwar eine „grüne“ Airpower verspricht, auf Nachfrage von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler aber zugeben musste, noch gar kein Konzept dafür zu haben, wie die Umweltverschmutzung durch die Flugschau reduziert werden soll. Die KPÖ spricht von „**Greenwashing**“.

\*\*\*

...dass zu den schnell ansteigenden Mieten **massive Erhöhungen der Energiekosten** (Strom, Heizung) kommen. Aus Sicht der KPÖ sind Preisregulierungen dringend nötig, die Energiepolitik darf nicht dem „freien Markt“ überlassen werden.

\*\*\*

...dass Frauen in Österreich im Durchschnitt um 851 Euro im Monat **weniger Pension** erhalten als Männer. Karenzzeiten, Teilzeitjobs, ungleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sind einige der Ursachen dafür, dass Frauen in der Pension oft von Armut betroffen sind.





# Gemeinsam für ein Neues Graz

Bei der Grazer Gemeinderatswahl am 26. September 2021 wurde die KPÖ erstmals zur stärksten Partei in unserer Landeshauptstadt. Mit einem Plus von 8,5 Prozent erreichte die Partei mit Spitzenkandidatin **Elke Kahr**, nun neue Grazer Bürgermeisterin, 29 Prozent Stimmenanteil.

Im November stellten die neue Grazer Bürgermeisterin **Elke Kahr**, ihre Stellvertreterin **Judith Schwentner** (Grüne) und Klubobmann **Michael Ehmann** (SPÖ), der in Zukunft Vorsitzender des Sozialausschusses sein wird, im Grazer Rathaus ihre Pläne vor. Im Mittelpunkt stehen dabei der soziale Zusammenhalt, Demokratie und Transparenz sowie ein besserer Umgangston in der Politik. Reiner Eventpolitik

und Luftschlössern wie der Murgondel oder der „Mini-U-Bahn“ wurde eine Absage erteilt.

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf niemand zurückgelassen oder vergessen werden“, betonte **Elke Kahr**. „Wir wollen Solidarität und Gemeinschaftlichkeit leben und auf Seite jener Menschen stehen, die es sich nicht richten können“. Zusammenhalt und Teilhabe am

Leben der Stadt soll für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt möglich sein. Konkret bedeutet das etwa die Schaffung von leistbarem Wohnraum durch den Bau neuer Gemeindewohnungen, die Erhöhung des Zuschusses zur Jahreskarte Graz und zum Klimaticket Steiermark sowie die Ausweitung der Sozialcard und soziale Ausgleichsmaßnahmen gegen Teuerung.



## Gewinnorientierte Pflegeheime zurückdrängen – Burgenland als Vorbild

In keinem anderen Bundesland gibt es so viele gewinnorientierte Pflegeheime wie in der Steiermark. Sie finden äußerst attraktive Bedingungen vor: Unternehmerisches Risiko besteht kaum, da die öffentliche Hand durch hohe Tagsätze die Gewinne finanziert. Die KPÖ möchte diesem Geschäftsmodell einen Riegel vorschieben und – nach dem Vorbild Burgenlands – nur noch öffentliche Heime mit öffentlichem Geld finanzieren.

Konkret sind 84 % der steirischen Pflegeheime privat geführt. 55 % sind gewinnorientiert ausgerichtet. 76 % der steirischen Pflegeheimbetten sind in privater Hand, von den 228 Pflegeheimen sind 192 Heime privat und 125 gewinnorientiert. Im Burgenland wurde 2019 dagegen gesetzlich geregelt, dass mit der Pflege kein Geschäft gemacht werden darf: Pflegeheime sollen künftig nur mehr gemeinnützig betrieben werden dürfen, wenn sie Landesförderungen bekommen wollen. Die Übergangsfrist beträgt vier Jahre. Dass die gewinnorientierten Einrichtungen, anders als öffentliche und gemeinnützige,

für die hohen Kostensteigerungen verantwortlich sind, hat auch der steirische Landesrechnungshof bestätigt.

Gewinnorientierte Heime sind für ihre Eigentümer äußerst lukrativ. Die Zunahme dieser Heime ist weiterhin ungebremst, obwohl die Landesregierung vor Jahren einen Stopp weiterer Genehmigungen angekündigt hat. Der Landesrechnungshof führt seinem jüngsten Bericht aus: „Die Betrachtung der Entwicklung der anerkannten Betten nach SHG bis 2020 ergibt einen Anstieg um 9,8 % (1.309 Betten). Im Prüfzeitraum liegt dieser Anstieg bei 5 %. Weitere 2.056 Betten (16 Pflegeheime) waren zum Stichtag 21. Oktober 2020 geplant (...)“

Die Pflege ist ein lukrativer Markt geworden. Immobilienkonzerne, Pensions- und Hedgefonds investieren hier. Die Anlage gilt als krisensicher, wirft hohe Renditen ab und hat Wachstumspotential. Bezahlt werden diese Renditen von der Allgemeinheit – aus Mitteln, die für pflegebedürftige Menschen vorgesehen sind. Ein deutscher Investor mit Niederlassung in Graz wirbt in

seinen Werbebroschüren ganz offen damit, dass mit Pflegeheimen „sichere Einnahmen“ zu generieren sind, denn: „Falls die eigenen Mittel [der Pflegebedürftigen] nicht ausreichen, trägt das Sozialamt die Kosten.“

Die KPÖ hat deshalb einen An-

trag in den Landtag eingebracht, in dem sie fordert, nach dem Vorbild des Burgenländischen Sozialeinrichtungsgesetzes ausschließlich Pflegeeinrichtungen mit Landesmitteln zu finanzieren, die im Landeseigentum oder gemeinnützig betrieben werden.



Wir wünschen fröhliche Weihnachten und ein Gutes Neues Jahr  
Der KPÖ-Landtagsklub